

# Der FUNK

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung in Folge höherer Gewalt oder Streik teils Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 321 A

BERLIN • Sonntag, den 12. Februar 1933

2. JAHRGANG

# Die Entmündigung des Volkes.

## Dringender Appell!

Hr. Die Reaktion ruft nach Autorität. Nach Autorität in der Staatsführung: Sie beansprucht und nimmt sich Vollmachten, die keine Kritik an ihren Taten zulassen und sie der Nötigung entheben, Rechenschaft über diese Taten abzulegen. Die Auflösung einer kleinen Versammlung mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie Kritik an der Regierung geübt habe, und der Erlaß einer Notverordnung, die — ebenfalls ihrem eindeutigen Wortlaut nach — den Spruch des Staatsgerichtshof wie eine Bagatelle beiseite schiebt, sind unverkennbare Zeichen einer Diktatur, die ihre Forderungen nur mit dem Anspruch der Autorität, nicht aber mit Vernunftgründen zu decken vermag, und die es darüber hinaus nicht duldet, daß an diesem Autoritätsanspruch mit Vernunftgründen gerüttelt wird. Tag für Tag sind die Zeitungen voll von ähnlichen Beispielen.

Gerade hierin liegt das Entwürdigende der Zustände, die heute das öffentliche Leben beherrschen. Die Ungerechtigkeit einer einzigen Regierungsmaßnahme kann in den von ihr Betroffenen wohl Empörung und Abwehr hervorrufen, vielleicht auch das niederdrückende Gefühl der Ohnmacht einem an äußerer Macht überlegenen Gegner gegenüber;

aber Ekel und Scham darüber, dieser Gesellschaft anzugehören, muß es in einem frei denkenden Menschen erwecken, wenn zu der äußeren Unterdrückung die Knebelung des Denkens, der Zwang zur kritiklosen Unterwerfung unter das Unrecht tritt.

Freilich: Ist die Unterbindung der öffentlichen Kritik und die Verweigerung jeder ernsthaften Rechenschaft schon eine Knebelung des Denkens? Gewiß nicht unmittelbar. Und doch wird niemand, der offene Augen hat für die fortschreitende Beschränkung der Meinungsfreiheit, sich leichtin an den alten Trost halten: „Ihr könnt das Wort verbieten, ihr tötet nicht den Geist.“ Zu groß ist die Versuchung zu Feigheit und Kriecherei, die von dem Verbot der freien und öffentlichen Verständigung über die bestehende Ordnung ausgeht, zu lähmend auch die Sinnlosigkeit, sich selber zwar ein unvoreingenommenes Urteil bilden zu dürfen, aber nicht einmal die Freiheit zu haben, dieses Urteil in einer öffentlichen Diskussion der Prüfung durch Gründe und Gegengründe zu unterwerfen.

Es bleibt allerdings richtig, daß diese Versuchungen, sich die Freiheit des Denkens rauben zu lassen, nicht unüberwindlich sind und daß sie daher der Reaktion

keinen sicheren Schutz vor der Gefahr bieten, das die Einsicht in das Unwürdige der Autoritätsdiktatur immer mehr Menschen zum Kampf gegen die Willkürherrschaft drängt.

Das wissen die heutigen Vertreter der Autoritätspolitik, und sie haben daher zu einem weiteren, wirksameren Schlag gegen die Geistesfreiheit ausgeholt. Die Forderung nach Autorität erschallt nicht nur auf dem Gebiet der Staatsführung, der Gesetzgebung für Presse und Versammlungen; mit mindestens dem gleichen Nachdruck, wenn auch unter ungleich geringerer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, wird sie für die Erziehung geltend gemacht. Selbst das Abschiedsgeschenk, mit dem der kürzlich abgeschobene preußische Kultusminister seinem Nachfolger den Weg ebnete, verbürgte die Einführung von „Zucht und Gehorsam“ in den Schulen. Solche Schritte sind in der Tat geeignet, nicht nur die freie Äußerung der Gedanken, sondern darüber hinaus die freie Entwicklung des eigenen Denkens zwangsweise zu verhindern. Während die Autorität, die an die Stelle der freien Meinungsäußerung tritt,

ein Volk dazu erniedrigt, sich wie Unmündige behandeln lassen zu müssen,

dient die Durchsetzung der Autoritätsforderung in der Erziehung unmittelbar dazu, das Mündigwerden der jungen Menschen zu verhindern und damit

das Volk im Zustand der Unmündigkeit zu erhalten.

Ist das so schwarz gesehen? Wir brauchen, um das zu prüfen, uns nur vor Augen zu führen, was der Grundsatz der Autorität für die Erziehung besagt. Er verlangt die Erweckung von Gehorsam, das heißt der unbedingten Unterwerfung des zu Erziehenden unter die Befehle seines Erziehers und Lehrers. Ein Mensch, der sich entschlossen hat, einem anderen zu gehorchen, hat damit also die Entscheidung über sein eigenes Handeln einem andern überlassen, und zwar blindlings und ohne jede Kritik. Denn wenn er sich selber eine Kritik der an ihm ergehenden Befehle vorbehält, dann ist nicht mehr der Befehl, sondern sein eigenes Urteil über den

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

W-er. Wir veröffentlichen an anderer Stelle heute den „Dringenden Appell“ einiger Menschen aus den verschiedensten politischen Lagern und wollen hier in Kürze einige Einwände gegen diese Forderung zurückweisen.

Zunächst die von Parlamentariern:

Erster Einwand: Hellmut von Gerlach schreibt im „Dortmunder Generalanzeiger“, man könne bei der Eigenart des deutschen Wahlgesetzes unter Umständen sogar noch ein Mandat verlieren. Das ist, abstrakt gerechnet, richtig, wenn man nicht bedenkt, daß bei gemeinsamen Listen die Stimmzettel für die beiden Arbeiterparteien, die für diesen Fall eine sind, enorm steigen wird, und daß also der Verlust eines Mandats mehrfach aufgewogen wird, ganz abgesehen davon, daß dieses Mandat nur unter ganz außergewöhnlich ungünstigen Umständen überhaupt verlorengehen kann.

Zweiter Einwand: Man kann es den Arbeitern nicht zumuten, jeweils Männer der andern Partei zu wählen. Beispielsweise Kommunisten Severing oder Sozialdemokraten Thälmann.

Wenn man den Arbeitern klar macht, was sie heute jeden Tag erleben, daß sie in Gefahr stehen, umgebracht zu werden wie junge Katzen, dann werden sie die Zumutung, eine gemeinsame Arbeiterliste zu wählen, wahrscheinlich leichten Herzens überstehen, umso mehr, als sie ja auch ihre eigenen Parteigenossen mitwählen.

Dritter Einwand: Wen soll man auf die Listen setzen?

Am besten die, die bisher in der Bekämpfung der andern Partei am meisten sachlich geblieben sind. Man hat es der SPD beigebracht, daß sie Herrn Noske z. B. nicht einmal SPD-Arbeitern mehr präsentieren kann. Unmöglich würde die Einheitsfront daran scheitern, daß man keine Menschen innerhalb der SPD mehr findet, die für Kommunisten wählbar sind und umgekehrt.

Die zweite Gruppe von Bedenken

entstammt den Reihen der sogenannten Realisten. Sie meinen zum Beispiel,

vierter Einwand: der Reichstag würde nach dem 5. März so wenig gefragt werden, wie vorher, und man erwecke also unnötige Illusionen über die Bedeutung der Reichstagswahl. Diese Einwand-Erheber müssen wir bitten, zu lesen, und zwar ausdrücklich zu lesen, damit sie diesen Einwand, der nur ihrer eigenen Verlegenheit entspringt, wenigstens in Zukunft sein lassen. Es heißt

„endlich einen Schritt zu tun zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird“.

Das heißt also in ganz dürren Worten: Das Zusammengehen der beiden Parteien am 5. März soll einen Schritt bedeuten zum Aufbau der weiteren Einheitsfront für die außerparlamentarischen Aktionen der Arbeiterschaft. Gerade wenn man, wie die meisten sozialistischen Politiker, und mit Recht, damit rechnet, daß im kommenden Reichstag die Arbeiterparteien noch weniger gefragt werden als vorher, dann ist es nötig,

die Verantwortung für die Ausschaltung und für die Sabotage des Parlaments dem anderen zuzuschieben.

Gerade in Hinsicht auf die Möglichkeit der Sabotierung des Reichstags aber ergeben sich hier noch viel erheblichere Vorteile:

Man spricht davon — und nach den glaubensmäßigen Festlegungen des derzeitigen Reichskanzlers gegen den Marxismus, die er sogar mit „Amen“ abschließt, erhält diese Möglichkeit einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit —, daß die

kommunistische Partei verboten

werden soll, und zwar so, daß ihre Mandate einfach gestrichen werden, sodaß auf diese Weise eine Mehrheit für die Regierungsparteien herauskommt. Gerade ein solches Verbot würde der Reaktion erschwert werden, wenn die linke Arbeiterschaft nur eine Liste hat. Riskiert die Reaktion das Verbot auch dieser Liste oder die Kassierung dieser Mandate,

dann schweift sie die Arbeiterschaft geradezu zu einem Protestblock zusammen.

## AUS DEM INHALT:

**Wahlpropaganda mit Zollerhöhungen.  
Siedler-Schicksale im Junker-Staat.  
Solidarität mit den Toten.  
Autorität und Wunderglaube.  
Rote Eiserne Front in Harburg.  
SA mordet, sprengt und plündert.**

Bleiben die Heerhaufen getrennt und der eine wird verboten, dann ist die Verwirrung da. Ein Teil der kommunistischen Wähler wird nicht (wie ein kommunistischer Schema-Gläubiger mir heute brieflich erörtert, dessen Gedanken durch die Albernheiten der Hegelschen Dialektik in Klammern gelegt worden sind) zusammen mit den Sozialdemokraten den Boykott des faschistischen Parlaments beschließen (was an sich diskutierbar wäre), sondern er wird, da er nicht KP wählen kann, SP wählen; ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter wird, verzweifelt über die gleichsam scheinweise der Arbeiterschaft beigebrachte Niederlage, zu Hause bleiben. Der kommunistische Genosse täuscht sich wie ein großer Teil seiner engeren und weiteren Parteifreunde darüber, wie schnell jemand aus Erfahrungen lernt, und — wenn er schon lernt — das Richtige lernt. Was heute der Arbeiterschaft Auftrieb geben kann, ist überhaupt nicht das Rechenexempel mit parlamentarischen Stimmen. Längst hat sich herumgesprochen, daß im Parlament eines kapitalistischen Staates die Arbeiterinteressen erst zu allerletzt befriedigt werden. Wer also meint, durch eine gemeinsame Liste würde im Reichstag irgend etwas zustandekommen, was unmittelbar sozialistische Forderungen erfüllen hieße, ist natürlich ein grenzenloser Illusionist.

Die gemeinsame Liste aber bringt gefühlsmäßig jedem Anhänger der deutschen Arbeiterbewegung klar zum Ausdruck: Die Führer der Parteien haben begriffen, daß heute Getrennt-Marschieren Getrennt-Angegriffenwerden bedeutet und also (bei der Stärke der anderen): Getrennt-Verprügeltwerden.

Heute kommt alles darauf an, die getrennt marschierenden Heerhaufen der Arbeiterschaft zusammenzufassen, weil jeder für sich zu schwach ist, der Reaktion zu begegnen. Es ist gerade der offen und zynisch eingestandene Zweck der Zentrums politik gewesen, die Arbeiterschaft zu spalten, den rechten Teil an den kapitalistischen Staat so zu gewöhnen, als ob es sein Staat sei, und den linken außerhalb des Gesetzes zu stellen. Diese pfäffische Taktik stammt schon von den gelehrigen katholischen Schülern Wilhelm Marx und Heinrich Brüning. Diese Schwarzköpfe und Intriganten ist die Arbeiterschaft endlich losgeworden. Jetzt muß sie dazu übergehen, auch ihr wahres Gesicht offen und großartig zu entwickeln. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen aus der Gemeinschaft der Weimarer Koalition auf dem Wege des Kampfes Schritt für Schritt in die Reihen der Arbeiter-Klassenfront zurückgeholt werden.

Einer dieser Schritte ist die gemeinsame Liste.

Viele andere Schritte hinterher sind der gemeinsame Schutz der Arbeiter vor Ueberfällen durch die SA-Mordkolonnen, der gemeinsame Schutz vor weiterem Lohnabbau, der gemeinsamen Aktionen gegen die Kriegsgefahr. Bei all diesen Schritten wird eine Revolutionierung der Arbeiterschaft erfolgen können und auch erfolgen. Durch bloßes Beschimpfen der reformistischen Führer als Reformisten und durch bloße Anprangerung der Hohlheit und Erfolglosigkeit kommunistischer Parolen wird kein Mensch revolutioniert, im Gegenteil, er wird politisch indifferent. Durch wirklich gemeinsamen Kampf (ohne alle Predigt) wird die Einheitsfront Schlag für Schlag zurechtgehämmert werden. Zurechtgeredet werden wird sie sicher nicht. Was kann also hindern, gemeinsame Listen aufzustellen? Bei ruhigem Nachdenken muß sich jeder Arbeiter und Arbeiterführer sagen: Schaden kann diese Aktion überhaupt nichts! Nutzen kann sie ungeheuer! Und wenn sie einigermaßen von Menschen mit gesundem Verstand durchgeführt wird, kann sie eine solche Belebung in die Reihen der Arbeiterschaft bringen, daß endlich mit eisernem Besen die Dumpfheit und die Zerrissenheit aus ihr herausgefegt werden.

Befehl für sein Handeln maßgebend. Dann aber ist selbst die Anerkennung des Gebotenen kein Gehorsam mehr; es liegt bestenfalls die Befolgung eines für gut befundenen Ratschlages vor.

Wer sich darauf einläßt, sich im Gehorsam dem Willen eines anderen zu beugen, der nimmt also dessen Befehle als verbindlich hin, ohne sich durch eigene Einsicht ein Urteil darüber zu bilden, ob diese Verbindlichkeit in Wahrheit besteht oder ihm nur suggeriert worden ist. Er hat damit an dem für ihn entscheidenden Punkt auf die Freiheit des Denkens verzichtet: in den Fragen nämlich, von denen die Entscheidung über sein eigenes Handeln abhängt.

Darin liegt die ungeheure Gefahr, die der Erziehung von der Erweckung des Gehorsams droht:

Wer es gelernt hat, zu gehorchen, hat eben damit gelernt, in seinem Handeln ohne Entscheidungen aus eigenem Denken und eigener Verantwortung auszukommen. Die Kraft zur Selbstgestaltung des eigenen Lebens ist in ihm verkümmert,

ja jeder Versuch, sie nachträglich in ihm zu wecken, ist verbaut durch die ihm in der Jugend eingehämmerte Vorstellung einer angeblichen Pflicht zum Gehorsam.

Mag die pädagogische Aufgabe, in der Erziehung ohne Befehle und ohne die Vorstellung der Pflicht zum Gehorsam auszukommen, noch so schwer sein, wer als Erzieher daran arbeiten will, Menschen mündig werden zu lassen und sie fähig zu machen, die Verantwortung für ihr Leben selber zu tragen, der steht vor dieser Aufgabe. Alles andere ist Dressur, die einem Menschen wohl zu einer reibungslosen Einordnung in eine von Willkür diktierte Gesellschaft verhelfen kann aber nur auf Kosten seiner Geistesfreiheit. Eine solche reibungslose Einordnung der heranwachsenden Generationen in das Reich des Faschismus, die erst die feste Grundlage zu der „autoritären Staatsführung“ liefert, ist das Ziel der Bemühungen, Zucht und Gehorsam in der Erziehung stärker und stärker zur Geltung zu bringen.

Was tun? Wie können wir heute diesen Schlag der Reaktion parieren, der darauf abzielt, die Quelle des Widerstands gegen ihre Diktatur zu verschütten?

Der Kampf um eine Erneuerung der Erziehung, der hier notwendig wird, ist selber in erster Linie eine politische, nicht eine pädagogische Aufgabe.

Es sind politische Mächte, die die Schule in ihren Dienst stellen und es bedarf daher auch der politischen Gegenwehr, wenn die Möglichkeit einer Erziehung in Freiheit nicht für immer ausgeschaltet werden soll.

Die Lehrerschaft, der die Verteidigung der Geistesfreiheit unmittelbar am Herzen liegen sollte, verkennt in ihrem überwiegenden Teil — und zwar selbst dort, wo Lehrer ihre Erziehungsarbeit von der Krücke der Autorität lösen möchten — den politischen Charakter dieser Aufgabe. Daher ihr Versagen gegenüber dem Anschwellen der reaktionären Flut, wie es z. B. seinen Ausdruck findet in der fast widerstandslosen Hinnahme des Kehrreims vom Versailler „Diktat“, der in Thüringen den Unterricht jeder Schulwoche abschließt.

So bleibt denn der Kampf für die geistige Befreiung der vom Faschismus bedrohten oder bereits unterworfenen Völker auf denen liegen, die im Faschismus und Reaktion ihren politischen Gegner erkannt haben. Das sogenannte liberale Bürgertum hat vor diesem Gegner kapituliert; es widersteht ihm bestenfalls in Worten — sofern solche heute noch zulässig sind. Aber es kämpft nicht mehr.



Wer heute für Freiheit des Denkens fechten will, ja, wer sich auch nur anmaßt diese Freiheit im Ernst zu vertreten, der gehört an die Seite der kämpfenden Arbeiterschaft, an die Seite der Sozialisten. Und die Bedingungen, von denen der Erfolg dieses Kampfes abhängt, fallen daher zusammen mit denen, unter denen allein die unwürdige geistige Unterdrückung gebrochen werden kann, die heute mehr und mehr im öffentlichen Leben Gewalt gewinnt.

Daher auch im Namen der Geistesfreiheit: Schafft Einheit gegen den Faschismus!

die von „Privatpersonen“ nach Oesterreich „verkauft“ werden.

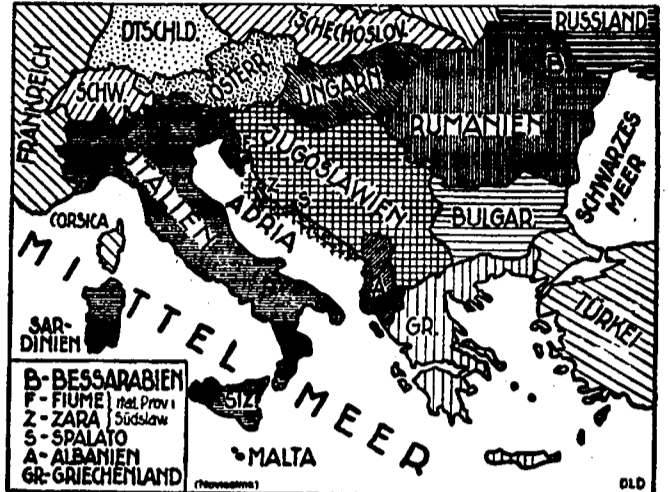
2. Dr. Anton Rintelen,

der als Vermittler zwischen Italien und den österreichischen Faschisten genannt wird,

ist Unterrichtsminister im Kabinett Dollfuß,

und hatte das gleiche Amt bereits im Jahre 1926 inne. Er ist einer der Mitbegründer der Heimwehren, erhielt, vielleicht für seine Verdienste in der Bewaffung österreichischer Faschisten, im Jahre 1928 das „Große Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik“ und, wahrscheinlich aus demselben Grunde, im Jahre 1930 das „Großkreuz der Krone von Italien“.

3. Die Zeit um das Jahr 1926 war, wie die heutige, eine Periode der raschen Verschärfung der Spannung zwischen Italien und Jugoslawien.



Für die Abscheidung Jugoslawiens ist nicht lediglich die österreichische Steiermark von Bedeutung, sondern auch das Gebiet der jugoslawisch-ungarischen Grenze; denn von Belgrad und Agram gehen Eisenbahnlinien über Budapest nach dem Westen. Waffenlieferungen der tschechischen Skoda-Werke an Jugoslawien müßten unter diesen Umständen den Umweg über Rumänien machen!

In dieser Beleuchtung gewinnt die Hirtenberger Affaire eine neue Bedeutung, und es ist auch verständlich, daß die Kleine Entente sich dadurch so in Aufregung versetzen ließ. Wie hinter fast jedem Ereignis der Außenpolitik der Großmächte, droht auch hinter den 28 Waggons Waffen das Gespenst des Krieges.

Dieses Gespenst nimmt immer drohendere Formen an; denn die Staaten, die hoffen, durch einen neuen Krieg zu gewinnen, ballen sich immer enger zu einer einheitlichen Front zusammen, zu einer faschistischen Front. Von Italien aus streckt der Faschismus seine Arme nach Deutschland und Ungarn, und während Frankreich und England versuchen, sich Oesterreich auf dem Wege über die Finanzen und durch Verträge zu kaufen, versucht Mussolini, durch Waffenlieferungen und sonstige Unterstützung der Faschisten Oesterreich für seine Front zu gewinnen.

Es kann noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis die Generale und Industriellen wieder zur Ausübung ihres Handwerks die Völker auf die Schlachtbank führen; es kann auch bald geschehen, wenn etwa ein Aufstand in Jugoslawien eine günstige Gelegenheit bietet. Die Front der Arbeiterfeinde schließt sich täglich enger zusammen.

Wann schließt die Arbeiterschaft die internationale Einheitfront gegen den Krieg?

## Hirtenberg. / Zur Beleuchtung einer dunklen Affaire.

H.M. Die Angelegenheit des Waffenschmuggels von Italien nach Oesterreich und von dort nach Ungarn ist in Deutschland wenig erörtert und in ihrer Wichtigkeit keineswegs hinreichend gewürdigt worden.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ deckte die Tatsache auf, daß Waffen über die italienisch-österreichische Grenze nach der Waffenfabrik Hirtenberg transportiert wurden, und die Anfragen, die die österreichischen Sozialdemokraten daraufhin an den Bundeskanzler Dr. Dollfuß richteten, ergaben in vielen Drehungen und Windungen, daß die österreichische Regierung von diesen Transporten wußte.

Die Ein- und Ausfuhr von Waffen und Munition ist Oesterreich durch den Friedensvertrag von St. Germain verboten. Die Kleine Entente griff darum die Angelegenheit auf, drohte, sie im Völkerbund vorzubringen und bewegte auf diese Art das französische und das englische Auswärtige Amt dazu, Nachforschungen anzustellen. Es war offensichtlich, daß die damit verbundenen diplomatischen Schritte widerwillig unternommen wurden, wobei dahingestellt sein mag, ob dies mit Rücksicht auf die Rüstungsindustrie oder im Interesse der Vermeidung überflüssiger internationaler Konflikte geschah. Die Anfrage in Rom ergab — wie sollte das anders sein! —, daß die italienischen Behörden mit der Angelegenheit nicht das Geringste zu tun hatten, sondern daß die 28 Waggons Waffen von privater Seite geliefert worden seien. Die ungarische Regierung, von der die Kleine Entente befürchtet, daß sie, unter Mitwirkung von Italien, geheime Aufrüstung betreibt, war überhaupt vollkommen unwissend in bezug auf alles, was mit Hirtenberg etwas zu tun hatte.

Die Nachforschungen in Wien waren ergiebiger: Vollkommen privat habe der italienische Major (!) Giuseppe Cortese es sich einfallen lassen, 67 000 gebrauchte österreichische Gewehre und 200 Maschinengewehre zu kaufen, die die italienischen Truppen während des Weltkrieges in Oesterreich erbeutet hätten. Dieser „völlig private“ Major des faschistischen Italiens hat die Waffen an eine Waffenfabrik in Solothurn (Schweiz) weiterverkauft. Nun traf es sich gerade gut, daß diese Fabrik Hauptaktionärin der Hirtenberger Waffenfabrik ist und was läge näher, als die österreichischen Waffen für Reparatur nach Oesterreich zu schicken?

So wird der Weg der Waffen nach Hirtenberg geschildert. Eine weitere Klärung der Angelegenheit erhalten wir nun von einer Seite, die sich im allgemeinen um derartige Dinge wenig bemüht: aus dem Leitartikel der Abendausgabe der „Berliner Börsen-Zeitung“ vom Freitag. Dort heißt es, die Angelegenheit werde für Oesterreich „nur insofern kompliziert, als

der Generaldirektor der Hirtenberger Fabrik zufällig ein intimer Freund des österreichischen Heimwehrführers, des Fürsten Rüdiger Starhemberg, ist und überdies sehr gute Beziehungen auch zum gegenwärtigen ungarischen Ministerpräsidenten Gumböcs unterhält.“

Fügen wir noch hinzu, daß Fürst Starhemberg zweifellos auch „sehr gute Beziehungen“ zu dem österreichischen Staatssekretär für das Sicherheitswesen, dem Heimwehrmajor Fey, unterhält, so wäre auch die Frage geklärt, woher die österreichische Regierung ihre guten Informationen über den Fall Hirtenberg hatte!

Einige nicht uninteressante Mittlungen lassen sich allerdings zu dem Bericht der „BBZ“ noch hinzufügen.

In den Jahren 1926/27 war schon einmal die Rede von Lieferungen von Waffen über die italienisch-österreichische Grenze, die während des Krieges von italienischen Truppen in Oesterreich erbeutet worden sind.

Die „Privatperson“ damals, die Waffen „kaufte“ und an die Heimwehren „verkaufte“, war — so schreibt der Italiener Gaetano Salmenini in seinem ausgezeichneten, in Paris erschienenen Buch: „Mussolini Diplomat“ — der Sekretär der italienischen faschistischen Liga in Innsbruck, der sich für diese Geschäfte den Namen Mario zulegte. Auch die Verbindung mit Ungarn fehlte damals nicht: Rechtsanwalt Abel, der im Jahre 1930 im Zusammenhang

mit einem Hitler-Prozeß auf diesen Fall zu sprechen kam, erwähnte, daß

der Name Mario „auch in Budapest nicht unbekannt“ war.“

Der „Deutsche Volkswirt“, den man nicht als Sensationsblatt betrachten kann, beschäftigte sich in seiner Ausgabe vom 5. November 1927 mit diesem Fall und stellte fest, daß die faschistischen Organisationen Oesterreichs nicht nur mit italienischem Gelde finanziert, sondern auch mit italienischen Waffen ausgerüstet werden. Einer der Vermittler zwischen den italienischen und den österreichischen Faschisten sei Dr. Anton Rintelen, der Direktor der Steirischen Wasserwerke. Der faschistische Staat lasse sich diese Verbindung mit Oesterreich etwas kosten, weil für den italienischen Generalstab die Steiermark im Falle eines Krieges zwischen Italien und Jugoslawien von Bedeutung sei; denn dort könne Italien die Eisenbahn sperren, die Jugoslawien mit seinen westlichen Freunden verbindet.

Diese Berichte über Ereignisse in den Jahren 1926 und 1927 lassen einige Rückschlüsse auf die Hirtenberger Affaire zu:

1. Es ist auffallend, daß es sich in beiden Fällen um jene im Kriege erbeuteten österreichischen Waffen handelt,

## „Geheimabkommen“ und Militärbudget.

Wegen der Erklärungen Herriots in bezug auf ein italienisch-ungarisch-deutsches Geheimbündnis hat der deutsche Botschafter in Paris ein bereits früher ausgesprochenes Dementi wiederholt. Der italienische Botschafter in Paris hatte eine Unterredung mit Daladier, in der er gegen die Erklärung Herriots protestierte.

Die italienische Presse ist über die Gerüchte von einem Geheimbündnis sehr aufgebracht. Dies seien politische Manöver, wie der englische Journalist Wickham Steed sie in die Welt setze, aber wie könne Herriot als verantwortlicher Staatsmann sich derartiges zueigen machen? Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß die ganze Angelegenheit nur den Zweck gehabt habe, die Herabsetzung der französischen Rüstungsausgaben, die gerade bevorsteht, durch die Verbreitung von Alarmgerüchten zu verhindern.

Dies umso mehr, als in der Tat in Frankreich der Widerstand gegen die Kürzung des Rüstungsetats in diesen Tagen sehr gewachsen ist. Die Senatsausschüsse für Heer, Marine und Luftfahrt haben beschlossen, den Ministerpräsidenten vor Beginn der allgemeinen Senatssprache über die Finanzvorlage wegen der vorgesehenen Abstriche vom Rüstungsetat zu interpellieren. In der Kammer wird voraussichtlich Léon Meyer, der in den jüngsten französischen Regierungen Handelsminister war, in Betracht der kritischen internationalen Lage die Ablehnung jeder Kürzung verlangen. Angeblich haben sich auch die Sozialisten mit geringeren Herabsetzungen der Rüstungs-

ausgaben einverstanden erklärt mit dem Hinweis darauf, daß Frankreich in der Abrüstung nicht einseitig vorgehen könne, sondern nur im Rahmen allgemeiner Herabsetzungen der Militärausgaben aller Staaten.

Die Alarmgerüchte über das Geheimbündnis werden in Frankreich auch in Verbindung gebracht mit der Hirtenberger Affaire. Viele Zeitungen fordern, daß die Regierungen der Großmächte endlich in dieser Angelegenheit etwas unternehmen. Mit was für anderen Gerüchten die Sache des Geheimbündnisses noch in Verbindung gebracht wird, zeigt die folgende Meldung, die der römische Berichterstatter der „Morning-Post“ zu demontieren ermächtigt worden ist: Danach habe Hitler der italienischen Regierung versprochen, dieser bei der Annektierung Albanien behilflich zu sein, wenn er als Gegenleistung mit Italiens Hilfe in der Korridorfrage rechnen könne. Die Art der Dementis dieser Nachricht ist interessant:

Erstens bestahe eine solche Vereinbarung überhaupt nicht, und zweitens beweise das Gerücht die vollkommene Unkenntnis der früheren und gegenwärtigen italienischen Außenpolitik. Italien habe nie und niemals den Wunsch gehabt, Albanien zu annektieren, sondern ihn nur als Pufferstaat zu sichern. Das gegenwärtige Regime in Albanien genüge diesen Forderungen. Der Danziger Korridor sei andererseits eine abgelegene und fremde Angelegenheit, mit der sich Italien niemals in der berichteten Art identifizieren würde.

## Schiedsgerichtsbarkeit in deutschnationaler Interpretation

TU meldet: „Im Zusammenhang mit dem erneuten Beitritt Deutschlands zur Fakultativklausel des Haager Schiedsgerichts wird an zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß Deutschland hiermit die Anerkennung des Grundsatzes der Schiedsgerichtsbarkeit erneut unterstrichen habe. Dagegen ist das insbesondere auf französischer Seite sich geltend machende Bestreben, auch politische Interessenkonflikte nach den Grundsätzen des geltenden Rechts zu regeln, für Deutschland nicht annehmbar.“

Versuchen wir — ohne der Frage nachzugehen, ob die „zuständige Stelle“ oder die TU für das Deutich dieser Meldung verantwortlich ist — den Sinn der hier vorgetragenen Unterscheidung aufzufassen. Es ergibt sich zunächst, daß nach deutschnationaler oder nach zuständiger Interpretation das Haager Schiedsgericht bei der Schlichtung politischer

Interessenkonflikte nicht nach den Grundsätzen des geltenden Rechts vorzugehen habe. Da nun das geltende Recht durch die Forderungen öffentlich anerkannter Gesetze und abgeschlossener Verträge bestimmt ist, so ist die Verwahrung gegen das „auf französischer Seite geltend gemachte Bestreben“ offenbar als der Protest gegen die Anerkennung gewisser störend empfundenen Verträge zu verstehen. Die Frage, was dann aber im Haag entschieden soll, wenn diese rechtlichen Bindungen fallen die den streitenden Parteien zur Verfügung stehende Macht oder das Mundwerk ihrer Vertreter, haben TU und die Zuständigen vorsichtiger Weise nicht berührt.

Japanische Flieger haben am Donnerstag über Tsingwangtau, der nahe Tschanghaikwang gelegenen Hafensiedlung, Flugblätter abgeworfen, die in chinesischer und japanischer Sprache die Besetzung der Stadt und des Hafens durch japanische Truppen ankündigten. (Meldung aus Mukden.)

## Dringender Appell!

Die Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen, alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 5. März 1933.

Es gilt, diese Gelegenheit zu nutzen und endlich einen Schritt zu tun

zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird.

Wir richten an jeden, der diese Ueberzeugung mit uns teilt, den dringenden Appell, zu helfen, daß ein Zusammengehen der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei für diesen Wahlkampf zustande kommt, am besten in der Form gemeinsamer Kandidatenlisten, mindestens jedoch in der Form von Listenverbindung. Insbesondere in den großen Arbeiterorganisationen, nicht nur in den Parteien, kommt es darauf an, hierzu allen erdenklichen Einfluß aufzubieten.

Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen!

Willi Eichler — Karl Emonts — Hellmuth Falkenfeld — Kurt Großmann — E. J. Gumbel — Theodor Hartwig — Maria Hodann — Käthe Kollwitz — Karl Kollwitz — Robert Kuczynski — Otto Lehmann-Rußbüldt — Heinrich Mann — Paul Oestreich — Anna Siemsen — August Siemsen — Minna Specht — Marie Westphal-Krause — Erich Zeigner — Karl Zwing.

## Solidarität mit drei Toten.

Hk. Zehntausende Berliner Arbeiter haben am Freitag nachmittag ihren von Nationalsozialisten ermordeten Klassen-genossen, den Kommunisten Berner, Kollatsch und Schulz, eine kraftvolle und ernste Trauerkundgebung dargebracht. Der Polizeipräsident hatte die geschlossenen Trauerzüge zum Friedhof Friedrichsfelde hin verboten. Aber die Straße in Lichtenberg bot das Bild einer nach einer Richtung hinstrebenden, eindeutig proletarischen Masse. Auf den Wegen innerhalb des Friedhofs standen wir Mann an Mann. Von dem großen Grabmal bei den Gräbern Liebknechts und Luxemburgs her klang die Stimme der Redner. Ich konnte nur Stücke verstehen, die der Wind herüberbrachte. Immer kehrten die Worte wieder: „Einheit der Arbeiterklasse“, „Einheitsfront“ und ähnliche. Diese Aufgabe lag ja auch sonnenklar vor uns angesichts der neuen Gräber. „Sollen wir uns denn wohllos weiter abschlagen lassen?“ rief Pieck. Ueber den Genossen lag eine Stimmung gesammelter Kampfbereitschaft, aber gebremst von einer Resignation. Ein paar Zurufe zur Erläuterung: „Sieh Dir bloß diese Menschheit an, — und wir kriegen es nicht fertig, uns gegen dieses Pack zu schützen!“ „Die Einigkeit fehlt oben!“

Sobald von den Leitungen der Organisationen die Schleusen aufgezogen würden für den Kampf in Einheitsfront — die in den Massen der Genossen angesammelte Bereitschaft und Wut würde losbrechen wie ein Strom nach der Schneeschmelze.

Die Reden der Kommunisten entsprachen der Parteilinie. Die Sozialdemokraten hatten mit offiziellem Einverständnis der Führung Delegationen geschickt: SPD (Kreis Neukölln), „Reichsbanner“, Freie Gewerkschaftsjugend, SAJ (Berlin). Im ganzen aber war das kommunistische Element und das Antifa-Abzeichen weitaus vorherrschend.

A. M. FREY



(25)

## DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1932 by G. Kloppever Verlag AG, Berlin.

Asam muß auf zehn Fragen gleichzeitig antworten. Er geht zwischen den Bettgestellen durch mit dem Kommandeur und ersinnt Antworten, daß ihm der Schweiß über die Stirne tropft.

Während einer Pause in dieser Galoppade — Pummer studiert eine Fiebertabelle — winkt er einen Mann herbei und heißt ihn zum Stabsarzt hinüberspritzen: er reicht gleich kommen, der Herr Kommandeur inspiziert das Revier.

Aber der Stabsarzt ist nicht zu finden. Es werden weitere Boten heimlich in die verschiedensten Richtungen gesprengt. Der Oberstleutnant hat alles eingehend beäugt und ein paar mal nach Lipp gefragt, als der endlich verzerrten Gesichtes, äußerst unsicher, wie er abschneiden wird, geschmeichelt und gleichzeitig gereizt durch den Besuch, angekeucht kommt.

Aber der Kommandeur ist gerade gegangen. „Hundswirtschaft!“ heult Lipp. „Habe ich nicht befohlen, mich in solchem Fall rechtzeitig zu benachrichtigen!“ „Wir suchen den Herrn Stabsarzt bald eine Stunde“, sagt Asam ruhig.

16.

Flieger sind über Fournes. Zum erstenmal ist es ein richtiger Haufen. Warnende Signale schallen, aber ist es nicht begreiflich, daß die Leute schnell noch ein wenig dastehen und gaffen, ehe sie Zuflucht unter der Erde suchen? Es ist immer dasselbe, immer diese närrische Zuversicht, diese unausrottbare, die das ganze Dasein des Krieges erst möglich macht: es wird doch nicht ausgerechnet mich treffen! Einmal bietet er etwas Neues, der Krieg: den Anblick eines Luftgeschwaders. Da muß man dabei sein. „Bomben? Möglich, aber nicht sicher.“ — „Na, was denn sonst, sie

## SA mordet, sprengt und plündert.

Wieder ein kommunistischer Arbeiter erschossen.

Bauerwitz (Kreis Leobschütz, Oberschlesien). Ein Sturm SA überfiel das Haus des Arbeitsinvaliden Langosch, des Vorsitzenden der Ortsgruppe der SPD und des „Reichsbanners“. Als die Frau nicht öffnete, zertrümmerten die Banditen Türen und Fenster, schlugen im Hause alles kurz und klein und stahlen Wurst und 50 Mark Parteigelder. Die Frau flüchtete. Langosch war nicht zu Hause, da er gewarnt worden war.

Berlin-Wedding. In der Nacht zum Freitag wurde der 46 jährige Metallarbeiter Pötting (KP-Sympathisierender) vor seinem Hause in der Luxemburger Straße erschossen.

Nach der Heimkehr aus einem kommunistischen Verkehrslokal stand er mit einem Bekannten noch sprechend vor seinem Hause. Da löste sich aus einer daherkommenden Gruppe von vier Personen ein Mann heraus, zog eine Pistole und schoß nach ein paar Worten Wortwechsel Pötting über das

rechte Auge in die Stirn. Sofortiger Tod. Die Mördergruppe rannte nach der Genter Straße (2 SA-Lokale!) fort.

Gladbach-Rheydt. Wie wir vorgestern berichteten, wurde in der Nacht zum Mittwoch der kürzlich von den Nazis zu den Kommunisten übergetretene Arbeiter Esser erschossen. Am Donnerstag sind vier Nazis verhaftet worden. Die Polizei teilt mit: „Einer der Verhafteten gibt an, er sei mit mehreren anderen Leuten zusammengewesen, habe sich dann aber entfernt, weil ihm die Sache nicht mehr geheuer gewesen sei. Kurz nach seinem Weggang hätten die anderen den des Weges kommenden Esser angehalten. Es sei zu einem Wortwechsel gekommen, worauf dann die Schüsse gefallen seien.“

Landsberg (Warthe). Am Freitag abend Sprengstoffattentat auf den Betrieb des sozialdemokratischen „Neumärkischen Volksblattes“. Vom Grundstück des benachbarten SA-Lokals aus wurde mit Zündschnur eine Sprengladung entzündet, die ein großes Loch in die Mauer riß und die Rotationsmaschinen beschädigte.

## Wir organisieren die Einheitsfront!

### Oeffentliche Versammlung

am Montag, dem 13. Februar, 20 Uhr, im großen Saal der „Sophien-Säle“, Sophienstr. 18 (Nähe Bahnhof Börse).

Redner: Fritz Grob.

Als Diskussionsredner sind bisher gemeldet: E. Bauer (Trotzki-Gruppe), Waldemar Bolze (KPD-O), Karl Emonts (SPD), Maria Hodann (ISK), Aug. Siemsen (SAP), Hugo Urbahns (Lenin-Bund).

Die Partei- und Bezirksvorstände der KPD und SPD sind schriftlich eingeladen worden, einen Diskussionsredner zu senden.

Eintritt 20 Pf.  
Für Erwerbslose: 10 Pf.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund  
Ortsverein Berlin.

## Rote Eiserne Front in Harburg-Wilhelmsburg.

L. A. Harburg hat am Freitag die Rote Eiserne Front gesehen. Zehntausende von Arbeitern

folgten dem Sarge des kommunistischen Genossen und freigewerkschaftlichen Kollegen Martin Leuschel, den Nazis feige hingemordet haben, unter den Fahnen der Roten und den Fahnen der Eisernen Front. Zehntausend Arbeiter marschieren durch die Straßen mit ernsten Gesichtern, schweigend. Schweigend auch die Tausende, die die Straßen säumten. Wie lange dauert es noch, bis alle mit dem Antifa-Abzeichen und den drei Pfeilen sich einreihen, um „den Zug von Millionen“ endlos zu machen? Viel zu viele standen noch abseits! Trotz alledem — es war ein Schritt voran zur Solidarität der Klasse! „Wir verabschieden uns von unserem Klassengenossen! Rot Front — Freiheit — Freiheit — Rot Front — Rot Front!“

Leider haben die Freien Gewerkschaften es für nötig gehalten, die Forderung der Kommunisten nach einem Proteststreik nicht zu erfüllen. Unbegreiflich! Die Eiserne Front hat sich mit den Parteigenossen des Ermordeten solidarisch erklärt, indem sie sofort bei Bekanntwerden des Mordes Halbmast flaggte und „alle Arbeiter und Republikaner“ aufforderte, an dem Leichenbegängnis teilzunehmen.

## Einheitsfront bei Conrad Tack & Cie.

Als Protest gegen die Ermordung des Staßfurter sozialdemokratischen Bürgermeisters Kasten beschloß der Betriebsrat bei Tack & Cie (in Burg bei Magdeburg), daß die Arbeiter am Mittwoch, dem 8. Februar, 1½ Stunde vor Arbeitsschluß den Betrieb verlassen und zu einer Betriebsversammlung zum „Volkshaus“ gehen sollten. Sämtliche Arbeiter, ungefähr 2000, verließen den Betrieb. Das „Volkshaus“ war überfüllt, und viele fanden keinen Einlaß. Viele Erwerbslose hatten sich aus Sympathie mit den Tack-Arbeitern eingefunden. Die Polizei drängte den Betriebsratsvorsitzenden, daß er die Arbeitslosen aus dem Saal weise, da es sich nur um eine Betriebsversammlung handle.

Als Vertreter der freien Gewerkschaften sprach der SPD-Genosse Langnickel, von der KPD sprach der RGO-Betriebsrat Steiger. Beide Redner bemühten sich ernsthaft um die Einheitsfront der Arbeiterschaft. Langnickel gestand, daß Fehler gemacht worden seien, daß es jedoch nicht das Gebot der Stunde sei, darüber zu streiten. Man sollte jetzt zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus übergehen. Er betonte, daß die Einheitsfront von unten kommen muß, und daß die Führer, die die Einheitsfront sabotieren, überannt werden müssen.

Verantwortl. Schriftf. Willi Eichler Berlin Anzeigen-R. Lindmann Berlin Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin SW 19. Inselstr. 8a. Tel. P 7 Jannowitz 5099 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH Berlin SO 36 Pilsenerstr. 28/29

werden doch nicht vierzehn Mann hoch aufklären wollen.“

In ihren Holzbaracken die Pioniere, die dort nicht im geringsten geschützt wären, sind über Wiesengrund auf dem Wege zum Unterstand, der ihnen zugeteilt ist.

Sie haben ihn erreicht, sie drängen sich am Eingang, dreißig, vierzig Mann — da sirren die ersten Abwürfe. Einer fährt mitten in den dick gedrängten Menschenhaufen. Ins Bellen der Geschütze, die Schrapnells hinaufwerfen, ohne zu schaden, mengt sich vielstimmiges Geheul, brüllendes Geschrei der Getroffenen.

Hinüber ins Revier kommen Verschochte gestürzt und melden das Unheil.

Mit Tragen und Verbandzeug rückt aus, was an Sanitätspersonal da ist. Während auf Fournes die Bomben prasseln, rennen sie dahin: die einzigen, die im Augenblick ganz schutzlos sind. Sie kommen heil hindurch zwischen dem Eisenhagel und beginnen die Arbeit, Unteroffiziere und Träger, indes es schon ruhiger wird und das tödliche Gewitter sich verzieht.

Asam ist am umsichtigsten. Mit versteinter, hochroter Miene tut er keinen Griff, gibt keine Anordnung, die fehlginge. Fühlein kämpft mit Nervosität, er ist bleich, aber er bewahrt doch Haltung angesichts des heillosen Geschehnisses. Für Augenblicke steht er und horcht, ob die Flieger etwa zurückkommen — bis er Asams verächtlichen Blick auf sich fühlt. Nur Malz hat kapituliert, statt einen Träger zur Ortskommandantur zu schicken, läuft er selbst, um ins Lazarett nach Automobilen zu telefonieren.

Funk sieht zum erstenmal große Verwundungen in Masse. Einem Pionier ist die Bauchdecke weggenommen. Die Därme quellen hervor, blaugrau, träge sich rührend, als wollten sie über die zerfetzte Uniform davonkriechen. Der Mann liegt auf dem Rücken, er blutet erschreckenderweise kaum. Er sagt nur unablässig mit hoher, entsetzlicher kläglichlicher Stimme: „Hu, mich friert — hu, mich friert!“ Er hat den jäh einsetzenden Frost der Schwerverletzten. Er selbst scheint nicht zu merken, daß auch seine eine Hand am Knöchel glatt abgeschlagen ist, sie hängt nur noch an einem Hautstück und baumelt leise mit verkallten Fingern, denn er hält den Arm im Ellbogen aufgestützt. Auch hier keine Blutung bet in sich gerollten Adern.

Anderen sind die Arme zerschmettert, die Brüste aufgerissen, die Hälse zerfleischt.

Sie verbinden Zerfetztes und lagern Blutendes und geben Spritzen und haben auch ein knappes Wort der Teilnahme — aber seltsamerweise ist kein Arzt unter ihnen. Wo sind Aerzte? Sie werden gesucht, und es dauert lange, bis einer kommt — nämlich der Regimentsarzt einer anderen Truppe aus der benachbarten Unterkunft.

Eigentlich ist er überflüssig, denn die Sanitätsmannschaft hat inzwischen getan, was sich tun läßt. Er setzt lediglich einen Tintenstift in Bewegung und unterschreibt Verwundetentafelchen.

„Was ist das dort? Was fehlt den — eins, zwei, drei, vier — den elf Leuten, die dort in einer Reihe liegen?“ fragt er zwinkernd und kurzichtig.

„Tote, Herr Stabsarzt.“

„O sapperlot!“ entfährt es dem dicken, derben, streng bebrillten Herrn. Er ist sehr fürs Durchhalten. Im Augenblick sieht er auf eine läppische Weise schuldbewußt aus.

Funk mustert die Leichen, voll neugierigen Grimms. Schau es dir an, das Antlitz des angeblichen Heldentums, das Schandantlitz des Krieges!

Ihm fällt auf, wie aus dem Gesicht des einen, reglos Liegenden die halboffenen Augen plötzlich hinabsinken; ein verblüffender unerklärlicher Vorgang. Da entdeckt er, daß der Hinterkopf in geradezu exakter Weise fortrasiert ist. So haben die Augen keinen Druck mehr nach vorn, keinen Halt — und es ist, als entfernten sie sich nach innen, weg von dem abscheulichen Anblick dieser Welt ...

Die Leichen, mit Ordnungssinn in zwei Reihen tibereinandergeschichtet, als stünden sie noch im Glied und seien nur nach hinten ins Gras gekippt, haben ausnahmslos schwere Hinterhaupt- und Nackenverletzungen. Von vorne sehen sie ganz manierlich aus. Einer hält die Zigarre zwischen den klammen Fingern; sie schwelt noch.

Sie alle waren in fliehender Geste und abgewandt vom sirrenden Tod, der aus der Luft — eine Botschaft des Himmels — auf sie niederfuhr.

(Fortsetzung folgt.)

